

sein soll, das sich aber selbst enttarnt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/14401 ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Piraten, SPD und Grüne. – Wer enthält sich?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wir sind dagegen!)

– Das habe ich auch gesagt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wie ich gerade höre, haben Sie sogar mit uns angefangen!)

– Herr Marsching, ausnahmsweise habe ich einmal gleich von Beginn an bemerkt, wie Sie abgestimmt haben. Sie sind es allerdings nicht gewöhnt, dass ich Sie als Erste nenne.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Richtig! Aber vielen, vielen Dank!)

Das werde ich mir auch wieder abgewöhnen, glaube ich. – Herr Schwerd und die FDP enthalten sich. Bei Ablehnung durch SPD, Grüne und Piratenfraktion

(Michele Marsching [PIRATEN]: Jawohl! Danke!)

nutzt die Zustimmung der CDU-Fraktion dem **Antrag Drucksache 16/14401** nichts; er ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

9 Abgabe eines Zwischenberichts des Untersuchungsausschusses V zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri („Untersuchungsausschuss Fall Amri“) gemäß § 24 Absatz 5 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags NRW (UAG NRW)

Eilantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/14478

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion – in diesem Fall der SPD – Herrn Kollegen Stotko das Wort.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

– Wie sich die SPD da verständigt, ist mir im Grunde recht. Es spricht Frau Koschorreck und nicht Herr Stotko. Bei uns ist es anders angekündigt und ausgewiesen worden. Ich bitte um Verständnis. Frau Kollegin Koschorreck, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Elisabeth Koschorreck (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der feige Terrorakt von Berlin im Dezember vergangenen Jahres war ein Angriff auf unsere Gesellschaft, auf unsere Werte und auf unsere Art zu leben. Die Erschütterung über diese menschenverachtende Tat hat uns alle enger zusammenrücken lassen. Der heimtückische Anschlag hat uns alle in Trauer vereint. Wir haben gemeinsam die Toten beklagt, um die Verletzten gebangt und unser tief empfundenes Mitgefühl mit den Familien der Opfer ausgesprochen.

Uns eint auch alle, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen unseren Beitrag zu einer lückenlosen Aufklärung des Terroraktes leisten wollen.

(Zuruf von Simone Brand [PIRATEN])

Dazu gehört auch, sich ein Gesamtbild der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden in Nordrhein-Westfalen und den Bundesbehörden sowie den Behörden des Landes Berlin zu verschaffen. Nach den Erkenntnissen der bisherigen Zeugenvernehmungen füge ich hinzu: Auch die europäische Ebene ist hier mit einzubeziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Opfer und die Hinterbliebenen dieses mörderischen Anschlags und die Bürgerinnen und Bürger haben eine sorgfältige Aufklärung der Tat verdient. Der Landtag hat in seiner Sitzung am 15. Februar dieses Jahres, also genau vor einem Monat, beschlossen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dieser hat inzwischen die Arbeit aufgenommen. Damit sind wir in Nordrhein-Westfalen das erste Parlament, das mit der Aufarbeitung dieses schrecklichen Ereignisses auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin mit einem Untersuchungsausschuss begonnen hat.

Der Ausschuss tagt in einem sehr engen Zeitfenster. Letzte Woche wurde die Vernehmung erster Zeugen beschlossen. Die Akten für die Ausschussarbeit werden in einem Rekordtempo vorgelegt. Erste Beweisaufnahmetermine fanden bereits statt. Der Stenografische Dienst arbeitet auf Hochtouren. Hier von unserer Seite ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses mit Blick auf das nahe Ende der Legislaturperiode eine große Herausforderung ist, das war uns allen klar. Denn aufgrund der Komplexität des Untersuchungsauftrags war offensichtlich, dass der Sachverhalt nicht in drei Monaten vollständig und restlos aufgeklärt werden kann. Da das öffentliche Interesse am Fortgang der Untersuchungen jedoch berechtigterweise sehr groß ist, ist aus unserer Sicht ein Zwischenbericht über den Stand der Untersuchungen dringend geboten.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Der Einsetzungsbeschluss zum Untersuchungsausschuss V sieht diese Möglichkeit der Erstellung eines Zwischenberichts auch ausdrücklich vor.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb in dem Ihnen vorliegenden Eilantrag dafür ein, dass der Landtag den Untersuchungsausschuss V auffordert, im letzten Plenum im April einen Zwischenbericht und einen weiteren Zwischenbericht nach Abschluss der Beweisaufnahme in dieser Wahlperiode vorzulegen.

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ihre Zustimmung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Koschorreck. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicher lässt sich auch weiter trefflich darüber streiten, ob dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Fall Amri mit der Einsetzung im Februar von der Zeit her, die wir noch haben, tatsächlich im Sinne einer umfassenden Aufklärung hier zielführend ist. Die Debatte möchte ich hier heute auch im Grundsatz nicht wiederholen. Wir haben die Beschlüsse so gefasst. Aber eines sollte doch allen klar sein, nämlich dass es einen Abschlussbericht, der tatsächlich alle Aspekte würdigen kann, und zwar so würdigen kann, wie es auch der Sache angemessen ist, in dieser kurzen Zeit sehr wahrscheinlich nicht geben kann.

Wir Grüne haben hier eine klare Haltung, und die haben wir in den ersten Ausschüssen noch einmal sehr deutlich gemacht. Unser Ziel ist es, alles dafür zu tun, die verbleibende kurze Zeit intensiv zu nutzen. Wir sind es dem öffentlichen Interesse und auch den Opfern schuldig, dass wir hier diese Zeit möglichst optimal nutzen.

Das heißt:

Erstens. Wir haben für unsere Fraktion alle vom Vorsitzenden festgelegten Termine akzeptiert. Das sind eine ganze Menge Termine.

Zweitens. Wir haben in der ersten Sitzung bereits auch mit den Kollegen der SPD Beweisanträge auf den Tisch gelegt. Wir haben den Anträgen der Opposition zu den Beweisanträgen in allem zugestimmt. Wir sind im Übrigen auch für zusätzliche Terminvorschläge, auch in den Osterferien, weiter offen.

Drittens. Das liegt hier heute auf dem Tisch. Wir möchten auch im Sinne einer umfassenden Aufklärung von der Möglichkeit, die uns das Untersuchungsausschussgesetz bietet – § 54 Abs. 5 – Gebrauch machen, das heißt einen Zwischenbericht noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen, mit dem sich dann das Plenum beschäftigen kann. Die Voraussetzungen dafür sind erfüllt, es gibt ein allgemeines öffentliches Interesse oder – so heißt es ja im Gesetz – wenn der Schlussbericht vor Ablauf der Wahlperiode nicht erstellt werden kann. Das heißt, es macht Sinn, einen solchen Zwischenbericht hier vorzulegen.

Viertens. Wenn es darüber hinaus noch bis zur Wahl den Bedarf für weitere Berichte gibt, sind wir natürlich auch dafür offen.

Ich denke, dass wir das auch können. Wir haben bis zum 31. März jetzt sechs Sitzungstage, die wir gut füllen können mit den Zeugen und den Zeuginnen, um dann die Grundlage für einen Zwischenbericht zu schaffen.

Das ist unsere Haltung dazu. Das heißt, lassen Sie uns hier die gemeinsame Arbeit ernst nehmen, die wir hier machen, und noch in der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode diesem Landtag, der diesen PUA auch eingesetzt hat, noch einen Zwischenbericht vorlegen, welche Erkenntnisse wir bis zu diesem Zeitpunkt gewinnen konnten. – Herzlichen Dank

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Düker, „gemeinsam ernst nehmen“ ist ja gut, vor allem, weil Sie gerade schon wieder mitteilen, dass Sie eigentlich den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für falsch erachtet haben; das haben Sie eben in Ihren Erklärungen so gesagt.

Wir sollten festhalten, dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss ist wichtig. Und Zwischenberichte sind als Arbeitsnachweise immer wichtig. Das sind wir dem öffentlichen Interesse auch schuldig, die

dieser Sachverhalt auch mit sich bringt, schon in Bezug auf die Sicherheit in unserem Land.

Das letzte Wochenende, die Warnung in Essen hat gezeigt, die Terrorgefahr in Nordrhein-Westfalen ist akut und konkret. Fehler wie im Fall Anis Amri dürfen sich nicht wiederholen.

Frau Düker, Sie haben eben die Intensität der bisherigen Beratungen schon angesprochen. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir mit dem Zwischenbericht sicherlich im nächsten Plenum einiges vorzuweisen haben, wobei ich bei meinen beiden Vorrednerinnen eigentlich schon das Gefühl hatte, dass Sie schon einen Zwischenbericht bis zum jetzigen Zeitpunkt abgegeben haben. Lassen Sie uns noch ein wenig warten; denn wir laden jetzt Zeugen, die zum konkreten Sachverhalt Anis Amri wirklich etwas beitragen können, weil Sie damit auch befasst waren.

Sie haben eben schon mitgeteilt, dass Sie bislang gar nicht parteiübergreifend an einer wirklichen Erarbeitung interessiert sind. Sie werfen uns auch heute wieder vor, dass wir hier aus parteitaktischen Gründen vorgegangen sind. Das darf man zumindest hier auch einmal sagen: Wer sich die bisherigen öffentlichen Sitzungen angesehen hat, der weiß, dass wir so nicht gehandelt haben. Wir haben in Ruhe die Zeugen befragt und werden auch weiterhin so agieren. Die intensive Beratung, die Sie eben angesprochen haben, kann nur die Zukunft betreffen.

Wir haben einige Sitzungen vor uns. Auch hier einmal den Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die in dem Ausschuss sind und sich auch im Wahlkampf befinden. Wenn wir aufgrund der Terminorganisation am Ende der Woche wissen, was in der nächsten Woche stattfinden kann, welche Zeugen kommen, ist das schon eine zusätzliche Belastung für jeden, der sich im Wahlkampf befindet. Aber diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst. Wir würden es begrüßen, wenn die regierungstragenden Fraktionen dann auch den anderen Fraktionen vielleicht zugestehen würden, dass wir nicht parteipolitisch agieren, sondern dass es uns um einen echten Aufklärungswillen geht. Auch wenn Sie ja gerne die Bundeskanzlerin noch laden möchten und eben auch die europäische Ebene in den Blick genommen haben, frage ich mich, warum nicht noch die Vereinten Nationen. Dann hätten wir vielleicht alle Ebenen einbezogen.

Wichtig ist, dass wir Zeugen laden, die zum Fall Anis Amri und zu dem Inhalt des Einsetzungsbeschlusses, den wir gemeinsam mit den erforderlichen Mehrheiten beschlossen haben, etwas sagen können, dass wir also Menschen befragen, die zur Aufklärung beitragen können.

Ich kann festhalten: Es sind weiterhin viele Fragen offen. Wir haben viele Fragen, die noch zu stellen sind. Die Akten, wie eben angekündigt, die uns so schnell zugeleitet wurden, waren die Akten, die dem Sonderermittler der Regierung schon zur Verfügung

gestellt wurden. Dass die schnell bereitgestellt werden konnten, war jetzt nicht verwunderlich. Wir sind gespannt auf die weiteren Akten, die wir bekommen, die wir einsehen und auswerten möchten.

Ich kann nur, auch mit Blick auf den Zwischenbericht, hoffen, dass wir zuerst die Akten bekommen und uns einarbeiten können und dann die Zeugen befragen. Das macht Sinn. Es hat sich auch gestern gezeigt, dass es sinnvoll ist, wenn wir vorher in die Akten schauen können.

Ich denke, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zumindest auch von unserer Seite gewillt ist, eine wirkliche Aufklärung zu erreichen. Dass es einen Abschlussbericht nicht geben kann, haben wir wohl alle richtig und ehrlicherweise von Anfang an gesagt. Aber wir haben auch eins gesagt. Sie haben in dem Einsetzungsbeschluss auch gesagt: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss lässt zu, dass es auch mehrere Zwischenberichte geben kann. – Aber bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass wir gesagt haben: Dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss wird eigentlich nicht am 31. Mai dieses Jahres enden, sondern der neue Landtag muss diesen Parlamentarischen Untersuchungsauftrag wieder annehmen und diese Arbeit fortsetzen.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. – Natürlich stimmen wir einem Zwischenbericht zu.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was wir hier von Rot-Grün vorgelegt bekommen, ist, gelinde gesagt, eine parlamentarische Unverschämtheit.

(Beifall von der FDP und von den PIRATEN – Widerspruch bei der SPD)

Ich will das auch ganz klar begründen. Wir waren von vornherein skeptisch, ob es sinnvoll sein kann, einen solchen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Kürze der Zeit zu machen.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Wir haben aber gesagt: Aufgrund der Verweigerungshaltung des Innenministers, was die Verantwortung hier im Land angeht, bleibt uns nichts anderes übrig, als es zumindest zu versuchen.

Das, was wir jetzt in den Akten sichten, gibt auch Anhaltspunkte dafür, dass es wichtig und richtig ist, dass wir in die Akten sehen und dass wir das gründlich tun, damit wir das aufklären. Wir haben immer

gesagt, die Fehleranalyse ist die Voraussetzung dafür, dass keine Fehler mehr gemacht werden. Und wenn diese Fehleranalyse verweigert wird, dann müssen wir es eben über den Untersuchungsausschuss versuchen.

Eine wirkliche Unverschämtheit ist aber das Verhalten von Rot-Grün, diesen Versuch von Anfang an zu torpedieren. Ich sehe, der Vorsitzende des Ausschusses ist ja bemerkenswerterweise bei Ihrem Antrag jetzt hier gar nicht anwesend, weil er ja noch einen anderen Untersuchungsausschuss hat. Ihr Versuch, die Arbeit zu torpedieren, fing damit an, dass Sie bei den Terminvorschlägen, die gemacht wurden – das war ja nur eine Blocken von Terminen – , an die Presse gegangen sind und es durchgestochen haben und sogar noch eine Pressemitteilung hinterhergeschickt und gesagt haben, Sie wollten jeden Tag aufklären, obwohl das überhaupt nicht der Vorschlag des Vorsitzenden gewesen ist.

Sie wollen ganz eindeutig suggerieren: Ja, wir sind die Chefaufklärer, wir machen quantitativ das Maximale, weil wir ja so toll sind. Da ja natürlich klar ist, dass diese Termine gar nicht alle gefüllt werden können und wenn Termine dann abgesagt werden, werden Sie auf die Opposition zeigen und sagen können: Ihr habt ja gar nicht so viel, wie ihr vorher angekündigt habt.

Das ist so durchschaubar. Und wenn ich dann von der Kollegin noch mit breitem Grinsen gesagt bekomme: „Ja, Politik ist manchmal ekelig“, dann finde ich das angesichts dessen, was Herr Stotko hier im letzten Plenum mit der ganz großen moralischen Tränendrüse, was die Opfer vom Breitscheidplatz angeht, abgezogen hat, zutiefst unanständig.

(Beifall von der FDP, der CDU und von den PIRATEN)

Das gilt jetzt eben auch für diese Berichtsforderung, wenn wir zum 5. April einen Bericht vorlegen sollen. Heute ist der 15. März. Wir haben überhaupt noch keine ernsthafte Zeugenbefragung vornehmen können. Das, was wir in den Ausschusssitzungen bisher hatten, waren de facto Expertengespräche. Nach Strafprozessordnung wären 85 % der Fragen überhaupt nicht zulässig gewesen. Herr Körfges, Sie haben ein bisschen Sachverstand.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ui! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie dabei wären, würden Sie das sicherlich auch bestätigen.

Wer behauptet, man könne hier in den nächsten zehn Tagen solche Ergebnisse zusammenstellen, dass es sich für einen Zwischenbericht lohnen würde, der gaukelt der Öffentlichkeit etwas vor. Das passt zu der ganzen Art und Weise, in der Sie mit diesem Ausschuss umgehen. Das ist angesichts

dessen, was Herr Stotko hier an Einlassung gebracht hat, zutiefst unanständig. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. Ich dachte, das wird hier jetzt so eine Kuschelkursnummer. Als ich den Eilantrag gesehen habe, habe ich mich gefragt: Was soll das?

Es ist doch nicht sonntagsmorgens jemand von der SPD aus dem Bett gefallen und hat gesagt: Oh, wir müssen einmal einen Eilantrag stellen. Wir brauchen noch einen Zwischenbericht. – Das ist doch von vornherein geplant gewesen. Sie können mir nicht erzählen, dass Ihnen am Wochenende eingefallen ist: Wir müssen irgendwann einen Zwischenbericht machen, und der muss im letzten Plenum vor den Osterferien besprochen werden.

Von der SPD wird hier noch einmal staatstragend der Opfer gedacht: Wir brauchen sorgfältige Aufklärung. – Wir haben ein enges Zeitfenster. Auch von Frau Düker höre ich Zweifel, ob die Zeit ausreichend ist. Wir müssen sie intensiv gemeinsam nutzen. Alle Fraktionen haben sich im Untersuchungsausschuss darauf verständigt, dass wir in den Osterferien Zeugen laden werden, dass dort viel passieren wird. Alle Fraktionen haben gesagt: Ja, das muss sein. Das ist wichtig.

Jetzt wollen Sie vor den Osterferien einen Zwischenbericht bekommen. Wie soll der denn aussehen? Das, was ich unter einem ordentlichen Bericht verstehe, kostet Zeit. Es kostet Ressourcen. Es bindet die Referenten und uns Abgeordnete in einem wertvollen Zeitfenster, in dem wir uns eigentlich mit Aktendurchsicht und der Vorbereitung der Zeugenbefragung befassen müssten und mit nichts anderem. Sie wollen, dass wir zuerst einmal in Ruhe einen Zwischenbericht schreiben, obwohl sowie so klar ist, dass vor dem Ende der Legislaturperiode eine Sondersitzung einberufen werden muss, weil wir dann einen Zwischenbericht erstellen werden.

(Beifall von den PIRATEN der FDP)

Das Ganze ist also doppelt gemoppelt und zeitfressend. Ich sehe darin einen klaren Behinderungsversuch der Aufklärung. Ich sehe darin einen Boykott. Dieser Antrag ist überflüssig wie ein Kropf. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Da die Landesregierung nicht zu diesem Tagesordnungspunkt reden wird, kann ich, sofern es keine weiteren Wortmeldungen aus dem Parlament gibt – das ist nicht der Fall –, die Aussprache schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Über einen Eilantrag ist, wie Sie wissen, direkt abzustimmen. Die Abstimmung führen wir jetzt auch durch, und zwar über den Inhalt des Eilantrags mit der Drucksachennummer 16/14478. Wer dem Eilantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die FDP und die Piratenfraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Schwerd hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Eilantrag Drucksache 16/14478** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

10 Nach der Terrorwarnung von Essen: Landesregierung muss unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus endlich mit den notwendigen rechtlichen Befugnissen ausstatten!

Eilantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/14479

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Golland das Wort.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland steht im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Insbesondere Islamismus und Salafismus bedrohen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und unsere Art zu leben.

Die beiden Anschläge auf den Weihnachtsmarkt in Berlin und auf den Sikh-Tempel in Essen sowie die zahlreichen zum Glück gescheiterten oder verhinderten Anschläge zeigen das in aller Klarheit und Deutlichkeit. In Nordrhein-Westfalen sind die Gefahr und die Bedrohung dabei besonders hoch. Das liegt zum einen an dem dramatischen Anwachsen der salafistischen Szene. Seit Ihrem Amtsantritt vor sieben Jahren, Herr Jäger, hat sich diese Anzahl versechsfacht. Inzwischen werden rund 3.000 Anhänger gezählt. 500 davon gelten als gewaltbereit.

Das liegt zum anderen aber auch an der Nachlässigkeit und dem mangelnden politischen Willen und

Handeln dieser Landesregierung, konsequent Recht und Gesetz zu schaffen bzw. durchzusetzen.

Die „Welt am Sonntag“ vom 12. März 2017 zitiert dazu einen nicht namentlich genannten Mitarbeiter des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen mit den Worten – ich zitiere –: Wir haben keine anderen Befugnisse als die Kollegen, die sich mit Fahrrad-diebstahl beschäftigen. Aber wenn die etwas übersehen, werden Räder geklaut. Bei uns drohen dann Tote.

Wohin das führt, meine Damen und Herren, konnten wir leider in Berlin sehen. Von wegen „bis an die Grenze des Rechtsstaates gehen“, Herr Jäger! Hätten Sie das bloß einmal getan.

Bei der rot-grünen Landesregierung wird aus ideologischen Gründen auf sinnvolle und richtige Gesetze und Maßnahmen zur Terrorabwehr verzichtet. Offenbar passen diese nicht in die weiche Linie der Landesregierung, wie sie auch schon bei der Kriminalitätsbekämpfung und Durchführung von Abschiebungen offensichtlich wird. Wir fordern von der Landesregierung klare Maßnahmen:

Elektronische Fußfessel: Unterstützen Sie die Einführung der elektronischen Fußfessel und ändern Sie das Landespolizeigesetz, damit diese Fußfessel auch für alle Gefährder eingesetzt werden kann!

Videobeobachtung: Schaffen Sie neue Möglichkeiten der Videobeobachtung unter anderem mit Instrumenten der Gesichtserkennung an zentralen Orten!

Schleierfahndung: Schaffen Sie endlich die gesetzliche Grundlage für die Schleierfahndung in Nordrhein-Westfalen, die den Fahndungsdruck auch auf die islamistische Szene erhöhen würde!

Telefonüberwachung: Ändern Sie das nordrhein-westfälische Polizeirecht, damit die Telefonüberwachung sowie die Überwachung und Analyse von Konto- und Bankdaten von Gefährdenden endlich möglich sind. Fast alle anderen Bundesländer haben diese Möglichkeit bereits.

Strafverfolgung bei Identitätsverschleierung: Sorgen Sie dafür, dass die Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen Identitätsverschleierung und die Benutzung von Mehrfachidentitäten konsequent zur Anzeige bringen und Staatsanwaltschaften die Verfahren mit allem Nachdruck verfolgen!

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Sie allein sind für Ihre Bilanz nach sieben Jahren verantwortlich. Sie haben es in der Hand, noch vor den Wahlen diese Maßnahmen anzustoßen. Machen Sie Nordrhein-Westfalen endlich ein Stück weit sicherer und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)